



komba gewerkschaft sh e.V. • Hopfenstraße 47 • 24103 Kiel

**Finanzausschuss**  
**des Schleswig-Holsteinischen Landtages**  
Herrn Christian Dirschauer  
Landeshaus

per Mail an:  
[finanzausschuss@landtag.ltsh.de](mailto:finanzausschuss@landtag.ltsh.de)

Fachgewerkschaft  
für den öffentlichen Dienst

Hopfenstraße 47  
24103 Kiel

Telefon: 0431.535579-0  
Fax: 0431.535579-20

Mail: [info@komba-sh.de](mailto:info@komba-sh.de)  
Web: [www.komba-sh.de](http://www.komba-sh.de)

Vereinsregister: VR 7506 KI

30.04.2025

**Stellungnahme „Private Altersvorsorge stärken!“ (Fraktion FDP, 20/2859) sowie  
„Sichere und stabile Renten24“ (Fraktionen SPD und SSW, 20/2899)**

Sehr geehrter Herr Dirschauer,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir danken für Ihr Interesse an der Position der komba gewerkschaft schleswig-holstein zu den im Betreff genannten Anträgen.

Die komba gewerkschaft schleswig-holstein begrüßt grundsätzlich die Diskussion um eine Stärkung der Altersvorsorge und die Bemühungen, das Augenmerk auf die Vermeidung von Altersarmut zu lenken.

Bei den Arbeitnehmenden sehen wir auch dringenden Handlungsbedarf, und das nicht nur bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV), sondern insbesondere auch bei Betriebsrenten und der Zusatzversorgung. Diese steigen jährlich leider nur um ein Prozent, was auf eine Regelung im Betriebsrentengesetz zurückzuführen ist. Die deutlich höhere Inflation (aktuell 2,2 %) führt jedoch zu einer dauerhaften Entwertung dieser wichtigen Zusatzversorgung, auch im öffentlichen Dienst. Der Gesetzgeber wird daher aufgefordert, angemessene Anpassungen vorzunehmen. Es ist wichtige politische Aufgabe, hierfür die Finanzierung sicherzustellen.

Deswegen stellen wir in unserer Stellungnahme auch fest, dass der Antrag der FDP auf eine Stärkung der privaten Altersvorsorge (wohlmöglich noch durch eine Weiterentwicklung von Riester- und Rürup-Renten), unzureichend ist. Er berücksichtigt nicht die komplexen Herausforderungen, Realitäten und Bedürfnisse einer sicheren Altersvorsorge, um Armut im Alter möglichst zu vermeiden.

1. **Privater Vermögensaufbau:** Der Antrag der FDP betont die Möglichkeit eines privaten Vermögensaufbaus für die Altersvorsorge. Diese Sichtweise ist zwar in Grundzügen richtig, insbesondere in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten. Der Staat trägt jedoch die zentrale Verantwortung, grundsätzliche und infrastrukturelle Bedingungen zu schaffen, die es einer breiten Gesellschaftsschicht ermöglichen, ein Leben, ohne die Gefahr von Altersarmut führen zu können. Ein effektives gesetzliches Sozialversicherungssystem muss dabei sicherstellen, dass möglichst alle gesetzlich Rentenversicherten ein angemessenes Auskommen im Alter haben.
2. **Attraktivität der privaten Altersvorsorge:** Die FDP beantragt weiter, die steuerlichen Bedingungen für private Altersvorsorgeprodukte zu verbessern, darunter die Abschaffung der Verlustverrechnungsbeschränkung und die Erhöhung der Steuerfreibeträge. Diese Maßnahmen können zwar theoretisch Anreize schaffen, mehr Menschen zur Nutzung privater Vorsorgeprodukte zu motivieren, sie werden jedoch vorwiegend den gesellschaftlichen Schichten zuteil, die sich diesen Vermögensaufbau auch tatsächlich leisten können. Angesichts der finanziellen Ungleichheit in unserer Gesellschaft und der immer weiter auseinandergehenden Schere zwischen Arm und Reich, ist es mindestens fragwürdig, ob ausgerechnet diese Zielgruppe auch noch steuerlich und gesellschaftlich gefördert werden sollte.
3. **Vermeidung steigender Steuerabgaben:** Eine nicht steigende Besteuerung von Kapitalerträgen könnte ebenso zusätzliche Anreize schaffen, doch die Vorstellung, dass ausgerechnet die private Vorsorge das Problem der Altersarmut lösen kann, greift zu kurz. Vielmehr werden vor allem Wohlhabende von solchen Regelungen profitieren, während die finanzielle Lage von Geringverdienern unbeachtet bleibt und den Antrag der FDP, als das identifiziert, was er vermutlich auch sein soll: Klientelpolitik.
4. **Einschränkungen für Geringverdiener:** Ein zentrales Manko jeder kapitalbasierten Altersvorsorge ist, dass diese für Besserverdienende von großem Vorteil ist. Der Alltag vieler Menschen in unteren Einkommensschichten zeigt aber, dass sie kaum in der Lage sind, zusätzliches Kapital für private Altersvorsorge zur Verfügung zu stellen, vom notwendigen Wissen hinsichtlich der korrekten Auswahl der privaten Vorsorgeprodukte ganz zu schweigen. Für diese Menschen ist es kaum möglich, in Aktien oder fondsgebundene Produkte zu investieren, da sie den Großteil ihrer Einnahmen für den täglichen Lebensunterhalt und stark gestiegene Mieten aufwenden müssen.
5. **Ungleichheit durch Steuersparmodelle:** Die private Altersvorsorge, wie sie im Antrag der FDP gefordert wird, würde in dieser Form lediglich zu einem Steueroptimierungsmodell für Besserverdienende führen. Diese haben die finanziellen Mittel, um entsprechend zu investieren, was dazu führt, dass Vermögen in den Händen der Wohlhabenden konzentriert bleibt, während eine drohende Altersarmut bei Geringverdienern damit nicht entgegengewirkt wird.

Aktuell und auch in Zukunft sind insbesondere Frauen betroffen, die oft einen großen Teil ihrer Lebensarbeitszeit in Teilzeit verbringen, um die Sorgearbeit für Kinder sowie später auch für ihre Eltern zu übernehmen. Der Staat profitiert dabei einerseits von Familien mit Kindern, da sie durch den Generationenwechsel die Stabilität unserer Gesellschaft sichern. Andererseits wird gleichzeitig der Rückhalt für Frauen und Familien vernachlässigt. Frauen sind in besonderem Maße durch fehlende Rentenpunkte benachteiligt und damit einer drohenden Altersarmut ausgesetzt. Es ist an endlich der Zeit, diese Ungerechtigkeit effektiv anzugehen und Maßnahmen zu ergreifen, die die Arbeits- und Lebensrealitäten von Frauen nachhaltig zu berücksichtigen und zu verbessern. Zu unserem großen Bedauern bestätigt genau das auch der aktuelle Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands: „Arme Menschen werden ärmer“.<sup>1</sup>

6. **Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung notwendig:** Anstatt die private Altersvorsorge einseitig zu betonen, muss die gesetzliche Rentenversicherung dringend gestärkt werden. Untersuchungsergebnisse von Verbraucherorganisationen beweisen, dass von 111 analysierten privatrechtlichen Rentenvorsorgeprodukten lediglich zwei eine Rendite von über zwei Prozent erwirtschafteten. Abzüglich Inflation und der sehr hohen Kosten durch Provisionen sind diese Anlagen also offensichtlich kaum zur Vorsorge geeignet.<sup>2</sup> Die offensichtliche Nähe von Lobbyisten und Politik hat aber der Finanzindustrie hohe Profite durch entsprechende Abschlussvergütungen ermöglicht, während private Anleger zunehmend ihre Verträge ruhend stellen oder gar kündigen, da diese reale Verluste produzieren.

Als ehemaliger Bundesarbeitsminister erfand Walter Riester die Riester-Rente. Der einst bestverdienende Bundestagsabgeordnete ist heute 81, saß aber jahrelang im Aufsichtsrat des Finanzunternehmens Union Investment. Das Scheitern des Riester-Konzepts liegt wohl auch in der engen Verflechtung von Versicherungen, Banken und Fondsgesellschaften mit der Politik, die die staatlich geförderte Altersvorsorge als lukrative Geldquelle nutzen wollten.

7. **Gesetzliche Rentenversicherung: Ablehnung von Fremdrenten und versicherungsfremden Leistungen:** Die komba gewerkschaft schleswig-holstein weist vor diesem Hintergrund auf ein schwerwiegendes Problem im Umgang mit der Deutschen Rentenversicherung (DRV) hin. Dabei geht es um die Finanzierung von Fremdrenten und versicherungsfremden Leistungen. Dies sind Leistungen, die nicht durch Beitragseinzahlungen gedeckt sind. Diese belasten die Rentenkasse erheblich und führen zu einer massiven Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit der DRV. Laut einem Bericht der WirtschaftsWoche<sup>3</sup> beliefen sich die jährlichen Ausgaben beispielsweise für Fremdrenten im Jahr 2020 auf etwa 6,5 Milliarden Euro. Diese Mittel fließen an Personen, die

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/armutsbericht-128.html>

<sup>2</sup> <https://www.finanzwende.de/ueber-uns/aktuelles/neue-auswertung-riester-und-ruerup-renten>

<sup>3</sup> <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/beitragsfremde-leistungen-so-pluendert-der-staat-die-rentenversicherung-aus/29798474.html>

keine entsprechenden Einzahlungen in die Rentenversicherung geleistet haben. Diese finanzielle Belastung sollte jedoch nicht von den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, sondern aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, da deren Bewilligung auf politischen Entscheidungen beruhen. Insgesamt summieren sich die Kosten für alle versicherungsfremden Leistungen sogar auf dramatische 112 Milliarden Euro im Jahr 2020. Diese Fehlallokation von Geldern untergräbt somit nicht nur die Stabilität der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern führt auch zu einer massiven Benachteiligung der gesetzlich Rentenversicherten. Die komba gewerkschaft fordert daher, dass die Kosten für versicherungsfremde Leistungen, die in Wahrheit gesamtgesellschaftliche Leistungen bedeuten und entsprechend politisch entschieden wurden bzw. werden, vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht aus den Mitteln der gesetzlichen Rentenversicherung zu finanzieren sind. Dies ist notwendig, um die Leistungsfähigkeit und das Vertrauen in die DRV zu erhalten und den langfristigen Schutz der Rentner\*innen in Deutschland zu sichern.

Leider wird in dem Zusammenhang der Vorschlag, das Renteneintrittsalter in Richtung 70 Jahre anzuheben, regelmäßig von verschiedenen Ökonomen, wie beispielsweise dem Bundesbank-Präsidenten Joachim Nagel ins Spiel gebracht<sup>4</sup>. Sollte eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters politisch mehrheitsfähig sein, wäre unsere gesetzliche Rentenversicherung dann so rückständig wie zur Zeit des Deutschen Kaiserreichs. 1889 führte Reichskanzler Otto von Bismarck diese als zentrale Säule der Sozialversicherung ein. Bereits damals gingen die Menschen erst mit 70 Jahren in Rente. Dass solche Vorschläge ausgerechnet aus der Finanzindustrie kommen, wirft die Frage auf, ob Lobbyisten ein viel größeres Interesse am Scheitern der DRV haben als bislang für möglich gehalten. Gründe könnten die angesprochenen Profite und Provisionen durch private Vorsorgeprodukte sein.

Derzeit scheint aber weniger der demografische Wandel die gesetzliche Rentenversicherung zu bedrohen, als vielmehr der ungenierte Griff in die Kasse der DRV, um politische Entscheidungen zu finanzieren, die eigentlich aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden müssten, da diese nicht beitragsgedeckt sind.

### **Bewertung des Alternativantrags der SPD und des SSW:**

Im Gegensatz zum Antrag der FDP stellt der Alternativantrag der SPD und des SSW einen deutlich differenzierten Ansatz zur Reform der Altersvorsorge dar. Dieser Antrag bekräftigt die gesetzliche Rentenversicherung als die erste und wichtigste Säule der Alterssicherung und setzt sich für eine stabile Rentenpolitik ein. Er erkennt an, dass die gesetzliche Rente das zentrale Kernversprechen unseres Sozialstaats darstellt und dass es die vornehmste Pflicht des Staates ist, für gerechte Bedingungen und damit sozialen Frieden zu sorgen.

Eine weitere wichtige Säule ist die betriebliche Altersversorgung bzw. die Zusatzversorgung der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst. Wie eingangs beschrieben, gibt

---

<sup>4</sup> <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/fachkraeftemangel-bundesbankpraesident-joachim-nagel-fordert-spaeteren-renteneintritt-a-5a9c68de-6e9f-4506-8166-ef8b48185025>

es hier ein ernstzunehmendes Problem. Dieses resultiert aus einer Regelung im Betriebsrentengesetz, die eine Festschreibung einer lediglich einprozentigen Anpassung pro Jahr ermöglicht. In den Jahren vor der Pandemie, als die Inflationsraten niedrig waren, fiel diese Praxis kaum auf. Heute jedoch führt sie zu einer dauerhaften Entwertung der entsprechenden Betriebsrenten und Zusatzversorgungen. Deshalb fordern wir auch die gesetzlichen Regelungen anzupassen und die Sicherheit der Betriebsrenten sicherzustellen.

Der Antrag der SPD und des SSW lehnt Rentenkürzungen zurecht entschieden ab und stellt die Ablehnung einer Erhöhung des Renteneintrittsalters in den Mittelpunkt. Zudem wird die Notwendigkeit betont, faire Tarife und Mindestlöhne zu sichern, um die Qualität der Renten zu gewährleisten, was die Haltung der komba gewerkschaft zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft unterstützt. Es gehört zur Wahrheit aber auch dazu, dass sich die öffentlichen Arbeitgeber bei Tarifverhandlungen, beispielsweise zum TVöD oder TV-L, zukünftig nicht in Positionen verrennen sollten, die eine 36-monatige Nullrunde und damit zeitgleich auch Rentenkürzungen bedeuten.

Deshalb ist die Forderung insgesamt begrüßenswert, die staatliche Förderung für private Altersvorsorge sehr differenziert auszugestalten und sich auf jene zu konzentrieren, die aufgrund finanzieller Schwierigkeiten Probleme haben, für das Alter vorzusorgen.

#### **Mögliche Verbesserungsvorschläge:**

- **Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze** in der gesetzlichen RV: Die Beitragsbemessungsgrenze ist ein wichtiges Element der Rentenversicherung in Deutschland. Sie legt fest, bis zu welchem Einkommen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden müssen. Eine Überschreitung dieser Grenze führt zur Befreiung von weiteren Beitragszahlungen, übrigens auch für Arbeitgeber. Aktuell nicht berücksichtigt werden dabei zusätzliche Kapitaleinkünfte oder Vermietungseinkünfte. Warum sollen ausgerechnet Besserverdienende vom Beitrag jenseits der Bemessungsgrenze befreit werden?
- **Erbschaft- und Schenkungssteuer:** Diese Steuer soll Vermögensungleichheit eigentlich verringern. 0,03 Prozent erben aber über 20 Millionen Euro und sind davon praktisch befreit. Höchste Gerichte haben festgestellt, dass die ungleiche Besteuerung von Betriebs- und Privatvermögen verfassungswidrig ist. Ein seit Jahren bestehendes, verfassungswidriges Gesetz gefährdet unseren Zusammenhalt und gehört dringend reformiert.
- **Steuerraub durch CumEx- und CumCum-Geschäfte:** Dieser Steuerraub wurde nur vermeintlich gestoppt und eine Aufklärung steht immer noch aus. Bis 2025 müssen noch fast 30 Milliarden Euro zurückgefordert werden, bevor Verjährung und Belegvernichtung eintreten. Es sind jetzt Maßnahmen nötig, diese Mittel zurückzuholen.
- **Immobilien Gewinne und Mieteinnahmen:** Wertzuwächse sollten auch nach 10 Jahren besteuert und Steuerbefreiungen bei hohen Mieteinnahmen gestrichen werden. Dadurch würde der Bundeshaushalt profitieren und Wildwest-Methoden im Immobilienhandel eingedämmt.

- **Globale Mindeststeuer:** Globale Konzerne sollten gerecht besteuert werden, um eine faire Steuerlast zu gewährleisten und internationale Steuerflucht zu verhindern.
- **Kapitalertragsteuer:** Die Steuerbefreiung für Holdings wohlhabender Familien sollte abgeschafft werden, um die Steuerbasis zu verbreitern und Ungleichheiten abzuschwächen.
- **Keine Geschenke an Banken:** Der noch geschäftsführende Bundesfinanzminister Lindner plante, über 2 Milliarden Euro aus einem Bankenrettungsfonds ausgerechnet Banken zu überlassen. Dieser Plan wird von der kommenden Regierung vermutlich fortgeführt. Die Kosten der Bankenrettungen seit 2007 betragen circa 70 Milliarden Euro. Lobbyversuche, Teile dieser Fondsmittel zugunsten Banken einzuwerben, müssen entschieden abgelehnt werden.

#### **Warum diese Verbesserungsvorschläge:**

Einnahmen aus diesen Maßnahmen könnten den Bundeshaushalt entlasten und dabei helfen, den Zugriff auf die Rentenkasse zu vermeiden.

#### **Fazit:**

In Anbetracht der Argumente wird deutlich, dass der Antrag der FDP zur Stärkung der privaten Altersvorsorge keine Lösung anbietet, die erforderlich ist, um die Herausforderungen des deutschen Rentensystems zu bewältigen. Die Kombinationen aus einer DRV, die durch versicherungsfremde Leistungen geschädigt und einer Zusatzversorgung, die auf niedrigem Niveau gedeckelt wird sowie einer drohenden Abhängigkeit von privaten Altersvorsorgeprodukten, deren Wertentwicklung und Provisionen unbedingt hinterfragt werden müssen, würden real zu einer wachsenden Ungleichheit und Altersarmut führen, statt dieser entgegenzuwirken.

Die komba gewerkschaft sh unterstützt daher den Alternativantrag der SPD und des SSW und fordert zusätzlich eine umfassende Reform des gesetzlichen Rentensystems sowie der Betriebsrenten und Zusatzversorgung der Tarifbeschäftigten. Dabei sollen versicherungsfremde Leistungen nicht mehr aus der Rentenkasse finanziert und Deckelungen bei der Zusatzversorgung beseitigt werden. Stattdessen muss mehr gegen Steuervermeidung und -hinterziehung getan werden. Auf diese Weise können die Stärkung der DRV und die Belange der Arbeitnehmenden sowie deren Lebensrealitäten in den Mittelpunkt gerückt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Sehleier

Leiter der Geschäftsstelle